

Das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen – Eine kritische Bewertung

Reduktion der Politischen Bildung auf „demokratiepädagogische“ Gesichtspunkte

Das unter der Ägide des vormaligen bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, entstandene Gesamtkonzept für die politische Bildung an bayerischen Schulen reduziert die Politische Bildung allzu sehr auf die Sichtweise von „demokratiepädagogischen“ Gesichtspunkten. In diesem Zusammenhang ist es unzureichend, die Politische Bildung vor allem auf den „Geist der Demokratieerziehung“ (Artikel 131 der Bayerischen Landesverfassung) zu reduzieren. Vor allem unter diesem Vorzeichen ist dieses Konzept des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) nicht als ein großer (fachdidaktischer) Wurf zu bewerten.

Mit dieser Schwerpunktsetzung wird der vorgezeichnete Weg nahezu ausschließlich auf die Politische Bildung als ein Unterrichtsprinzip für alle Fächer gelegt und damit viel zu beliebig geführt. Auf welche Weise dann beispielsweise musische oder naturwissenschaftliche Fächer diese Aufgabe erfüllen können, kann aus Sicht der Politikdidaktik nicht schlüssig nachvollzogen werden. Völlig unzureichend werden „Kompetenzen“ wie Verantwortungsbewusstsein, Konsensfähigkeit oder Toleranz zur demokratischen Gestaltung des Schulalltags herangezogen, wohingegen dezidierte politische Urteils- und Handlungskompetenzen sowie deren Facetten außen vor bleiben. Insofern werden aktuelle fachdidaktische Konzepte in diesem Gesamtkonzept nicht berücksichtigt (vgl. Detjen et al. 2012 & Weißeno et al. 2010).

Verweise auf Beschlüsse, Empfehlungen und Richtlinien beschränken sich auf den Beschluss der KMK zur Stärkung der Demokratieerziehung aus dem Jahr 2009, auf die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung aus dem Jahr 2010, die UN-Konvention über die Rechte des Kindes sowie auf die Empfehlungen des Europäischen Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen aus dem Jahr 2006 (siehe Gesamtkonzept S. 8). Dagegen bleiben die notwendigen Hinweise auf die „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ aus dem Jahr 2017 völlig unerwähnt (KMK 2017).

Der Sprachduktus der „Demokratiepädagogik“ zieht

sich somit wie ein roter Faden durch die 40-seitige Schrift des ISB. Inhaltlich stimmig – jedoch auch geradezu selbstverständlich – sind die Hinweise auf die Bezüge zum historisch-politischen Lernen, die jedoch im Rahmen des Verbundfaches der Fächer Geschichte und Politik eher All-



Prof. Dr. Andreas Brunold;
Quelle: <https://www.philso.uni-augsburg.de>

gemeinplätze darstellen. Wenn an dieser Stelle die Bedrohungen durch fundamentalistische und extremistische Bewegungen bzw. Phänomene wie der Klimawandel, weltweite Migrationsbewegungen, ökonomische und kulturelle Globalisierung sowie die digitale Revolution ins Spiel kommen (a.a.O. S.8 f.), fehlen hier weitgehend die Sinnzusammenhänge. Diese stehen auch in Widerspruch zu der Aussage, dass das Unterrichtsfach Geschichte der wesentliche Träger der Politischen Bildung sei (a.a.O. S.17f.). Hierbei kommt deutlich die Dominanz des Faches Geschichte zum Vorschein.

Illusion des Einsatzes fachfremder Lehrkräfte zum Zwecke Politischer Bildung

Es ist eine wohlmeinende Illusion, zu glauben, dass Lehrkräfte, die nicht die Leitfächer der Politischen Bildung studiert haben bzw. diese unterrichten, die fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele der Politischen Bildung als verbindliche Unterrichtsprinzipien auch nur annähernd mit den ambitioniert im LehrplanPLUS geforderten inhaltlichen Kompetenzen hinreichend vermitteln können. So werden die didaktischen Prinzipien (a.a.O. S.15 f.) nicht schlüssig genug auf spezifische Methoden der Politikdidaktik bezogen, was sich insbesondere in der fehlenden Berücksichtigung des rational choice-Ansatzes oder des didaktischen Prinzips der Exemplarität zeigt. Dilemma-Methoden lassen sich eben nicht allein auf die Basis von bloßem story-telling beschränken (a.a.O. S.16), sondern müssen vor

allem im Rahmen der Knappheit von öffentlichen Gütern als Allmende-Klemmen rationalen Urteils- und Entscheidungskompetenzen zugänglich sein. Wenig realitätsnah – wenn nicht sogar realitätsfern – werden dann als Anregungen für die Praxis relativ wahllos u.a. die Bezüge der Politischen Bildung zu den Fächern Deutsch, Mathematik oder Sport aufgezählt (a.a.O. S.20f.). Es wirkt herbeikonstruiert, wenn im Mathematikunterricht Wählerwanderungsbewegungen grafisch dargestellt oder im Sportunterricht sportliche Werte auf gesellschaftliche oder politische Bereiche transloziert werden sollen.

Geringer Stellenwert der Politischen Bildung in der universitären Lehrerbildung

Mit einer völligen Leerstelle versehen und hintenangestellt wird der Stellenwert der Politischen Bildung in der universitären Lehrerbildung klein gehalten. Diese ist dem ISB gerade einmal vier Zeilen wert (a.a.O. S.22). Desgleichen muss in diesem Zusammenhang konstatiert werden, dass die Ausbildung im Fachbereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“ bereits in der 1. Phase der Lehrerbildung an den Universitäten stattfinden müsste. Ergänzt werden muss in diesem Zusammenhang auch, dass sich der geringe Stellenwert des Faches Politik auch in den völlig unzureichenden Stellenausstattungen und damit Wertigkeiten an den bayerischen Universitäten widerspiegelt (Brunold 2017, S.95ff.). Die weiterführende Kritik der Politikdidaktik wird auch durch die Tatsache evident, dass die Universitäten seit Jahren dazu herangezogen werden, in der Weiterqualifizierung von Lehrkräften durch Erweiterungsprüfungen ohne universitäre Studienleistungsnachweise das eigene Fach zu schwächen.

Schlussbemerkung

Insofern kann die abermalige Trennung des Ministeriums in zwei getrennte Ministerien für Unterricht und Kultus sowie für Wissenschaft und Kunst der Sache nach mit der Hoffnung verbunden werden, dass damit eine längst überfällige Stärkung der Politischen Bildung als Studien- und Unterrichtsfach sowie des gesellschaftspolitischen Stellenwerts einhergehen wird. Die in diesem Gesamtkonzept identifizierten Schwächen hätten durch die Beteiligung der Politikdidaktik weitestgehend vermieden werden können.

Prof. Dr. Andreas **Brunold**, Universität Augsburg

Literatur:

- Brunold, A. (2017): *Kompetenzorientierung in der Politischen Bildung – Anspruch und Wirklichkeit in Bayern*, in: Münch, U./ Scherb, A./ Eisenhart, W./ Schröder, M. (Hrsg.): *Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert. Herausforderungen, Ziele, Formate. Tutzingen Schriften zur politischen Bildung Band 9*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 87-108.
- Detjen, J./ Massing, P./ Richter, D./ Weißeno, G. (2012): *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS.
- KMK (2017): *Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung (Beschluss vom 12.10.2017)*, https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2008/2008_10_16-Fachprofile-Lehrerbildung.pdf
- Weißeno, G./ Detjen, J./ Juchler, I./ Massing, P./ Richter, D. (2010): *Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Bitte beachten Sie auch unsere Homepage
www.dvvpb-bayern.de